



Heraus zum 1. Mai!

Wir lassen uns nicht spalten! In den letzten Tarfkämpfen haben wir gezeigt, welche Kraft in uns steckt:

Zehntausende streikten auf der Straße, Zehntausende stemmten sich gegen den Rechtsruck.

Am 1. Mai gehen wir wieder zu Zehntausenden auf die Straße – für höhere Löhne, sichere Jobs, gegen Krieg und Nationalismus.

Wir wollen am 1. Mai gemeinsam ein Zeichen setzen: für sichere Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum, einen höheren Mindestlohn und Frieden.

Zehntausende Arbeitsplätze werden gestrichen – von Unternehmen wie Volkswagen (VW), die einerseits Milliarden an Aktionäre ausschütten und andererseits Milliarden einsparen wollen – auf unsere Kosten! Allein bei VW sollen 35.000 Stellen wegfallen. Jahre lang haben die Konzerne Milliarden Gewinne gemacht. So auch 2024. Die größten DAX-Unternehmen haben über 110 Milliarden Euro Reingewinn gemacht. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben wir ein Recht auf unsere Arbeitsplätze! Wenn wir in profitablen Jahren nicht an den Milliardengewinnen beteiligt werden, dürfen wir jetzt nicht die Krisenlast tragen.

Die sinkende Kaufkraft bereitet uns schon genug Probleme. Bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist reine Glücksache geworden. Am Monatsende bleibt kaum noch etwas zum Leben übrig. Wir brauchen höhere Löhne und bezahlbaren Wohnraum – jetzt!

Doch während unsere Grundbedürfnisse ignoriert werden, soll der Staat plötzlich unbegrenzt Schulden für Hochrüstung machen dürfen – und ausgerechnet die, die vor den Wahlen noch die Schuldenbremse, als die Rotlinie bezeichneten, jubeln jetzt am lautesten. Diese Militärausgaben sind schädlich: Sie verbessern nicht unser

Leben, sondern mindern unseren Wohlstand. Sie schaffen keine neuen Produktionskapazitäten, sondern verschwenden Ressourcen und Arbeitskräfte, die dringend woanders gebraucht werden. Sie machen uns alle ärmer! Je mehr Geld für Militär und Kreditzinsen draufgeht, desto weniger bleibt für Sozialstaat, Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Renten und faire Löhne im öffentlichen Dienst. Die neue Bundesregierung hat aber gezeigt, wofür sie inhaltlich steht: Investitionen und Geld für die Unternehmen, für die arbeitenden Menschen aber nur Kürzungen und weitere Belastung!

Als Werktätige mit Migrationshintergrund sind wir von all diesen Problemen umso mehr betroffen. Während sich unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern, versuchen Politiker für ihre Interessen unsere Kolleginnen und Kollegen gegen uns aufzuhetzen. Dabei arbeiten und leben wir Seite an Seite, trotz aller Unterschiede.

Wir lassen uns nicht spalten! In den letzten Tarfkämpfen haben wir gezeigt, welche Kraft in uns steckt: Zehntausende streikten auf der Straße, Zehntausende stemmten sich gegen den Rechtsruck. Am 1. Mai gehen wir wieder zu Zehntausenden auf die Straße – für höhere Löhne, sichere Jobs, gegen Krieg und Nationalismus.

„Zusammenstehen! Gemeinsam kämpfen! Sei dabei!



Föderation Demokratischer Arbeitervereine

Berliner Str. 77 51063 Köln (V.i.S.d.P.: Hüseyin Avgan)

0221 - 9255493 / www.didf.de didf@didf.de